

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa. Druck: Riesa. Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Rinnamts Riesa und des Hauptamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 127. Circulanz Riesa Nr. 52.

Nr. 118.

Mittwoch, 21. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. **Ausgaben** für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 10-cm breite, 8 mm hohe Grunddruckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraumbeschränkte und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. **Verlag** der Riefaer Zeitung, Riesa. **Verantwortlich** für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Vor dem Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 21. Mai. Die Eröffnungssitzung des neuen Reichstages ist, wie bereits gestern berichtet, nunmehr endgültig von dem bisherigen Reichstagspräsidenten Loeb auf den 27. Mai festgesetzt worden. Die Frage, ob sofort beim Zusammentritt des neuen Reichstags die Regierung durch den Reichstagspräsidenten Loeb, hängt von dem Zustandekommen einer neuen Regierung ab. Wie wir zuverlässig erfahren, dürfte im Falle eines weiteren Fortbestehens der Reichsregierung im Amt sofort mit der Eröffnung einer General-Debatte über die auswärtige Politik begonnen werden. Die Deutschnationalen werden sofort nach der Regierungserklärung durch den Reichstagspräsidenten Loeb zu Wort kommen und ihre Haltung zur Außenpolitik darlegen können. Daraufhin wird nach Beendigung der Aussprache voraussichtlich die Reichsregierung eine Entschließung über die Annahme der Sachverständigen-Vorschläge herbeiführen.

### Fraktionsbesprechungen im Reichstage.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Das Ergebnis der Wahlen und die dadurch geschaffene innere und äußere Lage erfordern nach unserer Auffassung sofort vorbereitende Verhandlungen über die Regierungsbildung. — Die Einladung zu der gemeinsamen Sitzung erfolgt für Mittwoch, den 21. Mai, 10 Uhr vormittags im Reichstag. Diese Einladung haben wir, so heißt es in dem Besche, einstweilen nur an Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei gerichtet, indem wir davon ausgehen, daß am nächsten eine Klärung der Lage herbeiführt werden könnte. Inwieweit eine Verbreiterung der etwaigen Regierungsbildung sich ermöglichen läßt, bitten wir zunächst der mündlichen Verhandlung vorzubehalten zu wollen.

Im Reichstagsgebäude herrschte schon in den frühen Vormittagsstunden ein reges Kommen und Gehen der Abgeordneten. Die Fraktionen treffen bereits die Vorbereitungen für den Zusammentritt des Plenums und nehmen auch untereinander einen lebhaften Gedankenaustausch vor. Im Mittelpunkt dieser Erörterungen steht das Schreiben der Deutschnationalen Volkspartei an die Fraktion des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei. Während anfangs der Eindruck vorherrschte, daß die Deutschnationalen die Demokraten vollständig ausgeschaltet wissen wollten, zeigt es sich jetzt beim Vorlesen des Wortlauts des Schreibens, daß diese Einladung ein Teil sein nur an die genannten drei Parteien gerichtet ist und eine Verbreiterung der etwaigen Regierungsbildung mündlichen Verhandlungen vorbehalten bleiben soll.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigt sich in Anwesenheit des Außenministers Dr. Stresemann zunächst rein sachlich mit dem Sachverständigen-Gutachten und nahm zu der Einladung der Deutschnationalen noch keine Stellung.

Die Zentrumskommision beschäftigt sich unter dem Vorsitz des Abg. Fehrenbach mit der politischen Lage; die Entscheidung über die Zusammenfassung der neuen Regierung wurde jedoch zurückgestellt bis nach der Besprechung mit den Mittelparteien.

Die Demokratische Fraktion konstituierte sich gestern im Reichstag und trat in eine allgemeine Aussprache über die Frage der Regierungsbildung und des Sachverständigen-Gutachtens ein, nach dem vorher der bisherige Parteivorsitzende Koch über die Parteiführerbesprechungen der Mittelparteien und die Konferenzen mit dem Reichstagspräsidenten ausführlich referiert hatte. Die Fraktion beabsichtigt verschiedene Anträge im Plenum einzubringen und zwar über die Aufhebung des Beschlusses und des Beschlusses der Reichstagspräsidenten, die Einführung des Wahlrechts über Deutsche auf hoher See, die unter Berücksichtigung der Reichswahlkreise ihre Stimme nach ihrer Rückkehr in die Heimat nachträglich abgeben können sollen. Ferner

verlangt die Fraktion die Vorlegung eines Journalfestsetzes.

Die Verhandlungen unter den Parteien werden sich auf der Grundlage von Richtlinien für die Außenpolitik vollziehen, die von der Deutschen Volkspartei auszugehen sind. Wesentlich ist bei der Aufstellung dieser Richtlinien, die in den letzten Tagen unter den Sammelnamen eines außenpolitischen Programms bezeichnet worden sind, von jeder ultimativen Form, die eine bestimmte Bindung für die Deutschnationalen enthalten hätte, abgesehen worden. Diese Richtlinien sollen lediglich als Grundlage für die Verhandlungen dienen.

Die Führer der Mittelparteien des Reichstages begaben sich um 6 Uhr nachmittags zum Reichstagspräsidenten Loeb, um ihren Bericht über das außenpolitische Programm fortzuführen und, wie gehofft wird, zum Abschluß zu bringen. Die Zentrumskommision trat gestern um 7 Uhr abends nochmals in Anwesenheit des Reichstagspräsidenten zu einer Sitzung zusammen und beschloß, nachdem auch die Demokraten von den Deutschnationalen zur Besprechung eingeladen worden sind, entgegen ihrem vorherigen ablehnenden Standpunkt, dieser Einladung Folge zu leisten und ihre Vertreter am Mittwoch vormittags zu der Besprechung mit den Deutschnationalen zu veranlassen. Die Fraktion erörterte sodann in vertraulicher Besprechung die einzelnen Modalitäten, wie sie sich aus der Situation ergeben könnten.

### Besprechung der bürgerlichen Parteiführer.

Berlin. (Funkpruch.) Kurz nach 10 Uhr trat am Mittwoch vormittags auf Einladung der Deutschnationalen im Reichstagsgebäude die Konferenz der bürgerlichen Parteiführer zusammen, um über die Frage der Regierungsbildung zu beraten. Von den Deutschnationalen nahmen an der Sitzung teil die Abgeordneten Berg, Schiele, Waltraf, Graf Westarp, Behrendt, vom Zentrum a. a. Dr. Peter Sothar, Dr. Siegemund und Feder, von der Deutschen Volkspartei Kemmerich (?) und Dr. Curtius (?), von den Demokraten Koch und Fehrenbach, von der Bayerischen Volkspartei Abgeordneter Leicht. Um 12 1/2 Uhr waren die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

### Die Reihenfolge der Parteien im Reichstage.

Berlin. In der Besprechung des Reichstagspräsidenten Loeb mit den Führern sämtlicher Parteien wurde folgende Reihenfolge für die Sitzplätze der einzelnen Parteien von rechts nach links im Reichstag vereinbart: 1. Gruppe Deutschnationale, 2. Gruppe Nationalsozialistische Freiheitspartei, 3. Gruppe Deutsche Volkspartei, 4. Gruppe Bayerische Volkspartei. Hinter dieser liegen die vier Sitze der Deutschnationalen unter Führung des Abg. Runge. Weiter nach links schlossen sich an als 5. Gruppe der Wirtschaftsbund, eine Fraktion, die sich aus den drei Bauernbündlern (Bauern), fünf Welfen und sieben Mittelständlern unter Führung des Prof. Wrede gebildet hat. Als 6. Gruppe folgt das Zentrum, als 7. die Demokraten, als 8. die Sozialdemokraten und als 9. die Gruppe Kommunisten. Die Frage, wieviele Abgeordnete (bisher 4) gewählt werden sollen, ist noch nicht entschieden worden.

### Schutzmaßnahmen für den neuen Reichstag.

Berlin, 21. Mai. In Regierungskreisen liegen Mitteilungen darüber vor, daß von kommunistischer Seite beabsichtigt wird, bei der Eröffnungssitzung des Reichstages Demonstrationen und Landsturmaktionen herbeizuführen. Es besteht der Plan, bei dem Kammerausmarsch der deutsch-böhmischen Abgeordneten, besonders des Generals Ludendorff, die Verhandlungen zu stören und die Fortführung der Sitzung unmöglich zu machen. Diese Mitteilungen haben dem gegenwärtigen Reichstagspräsidenten Loeb Veranlassung gegeben, für die Eröffnungssitzung des Reichstages verstärkte polizeiliche Schutz anzuordnen.

## Die Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland.

Eine Unterredung mit einem Berliner Diplomaten.

Berlin, 20. Mai. In den Beziehungen zwischen Deutschland und der russischen Sowjetregierung ist gegenwärtig eine starke Entfremdung eingetreten, die möglicherweise zu sehr weittragenden Folgen führen kann. Der außenpolitische Mitarbeiter des „Berliner Volksdienstes“ hatte eine Unterredung mit einer hohen Persönlichkeit des auswärtigen Amtes, die die Auffassung auspricht, daß die Sowjetregierung offensichtlich mit Deutschland zu lösen. Der Diplomat erklärte: Solange das Sowjetregime in Rußland von allen zivilisierten Staaten der Welt geachtet war, suchte die Moskauer Diplomatie den engsten Anschluß an Deutschland, zumal die deutschen Politiker für die Lage Rußlands das weitgehendste Verständnis zeigten. Der Friedensvertrag von Versailles hatte das Deutsche Reich ebenfalls zu einem, dem Druck der europäischen Weltmächte ausgeliefert, in starker Abhängigkeit stehenden Staat herabgewürdigt, wobei die gemeinsame Unbill beide Regierungen einander annähern mußte. Nachdem aber England und Italien die Anerkennung Rußlands auszusprechen

scheint sich in der Sowjet-Diplomatie die Auffassung zu festigen, daß die freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland nicht mehr den großen Wert für die bolschewistische Regierung haben wie zu jener Zeit, da das Sowjetregime in Rußland in der ganzen Welt nur Feinde gegen sich hatte. — Die ganze Aufmerksamkeit der russischen Diplomatie richtet sich jetzt auf die kommende französische Vintersession, auf die hinter dem radikalen Führer Perrot stehenden politischen Kreise Frankreichs, bei denen Rußland offenbar starke Sympathie vermutete. Tatsächlich schien es auch, als ob die französischen Vintersessionen sofort mit der programmatischen Erklärung hervortreten wollten, daß nunmehr Frankreich die Anerkennung Rußlands auszusprechen werde. In diesem Augenblick erschien jedoch der englische Botschafter in Paris bei der französischen Regierung, um sehr ernste Vorbehalte gegenüber einer derartigen diplomatischen Kampagne der französischen Vintersession zu erheben. Da England gegenwärtig in offiziellen Verhandlungen mit der Sowjetregierung steht, würde es die englischen Interessen auf das ernsthafteste gefährden, wenn die russische Sowjetregierung einen etwaigen französischen Kurswechsel in der russischen Frage gegenüber England auszuweichen würde. Daraufhin erfolgte in der französischen Presse eine amtliche Mitteilung, wonach eine Anerkennung Sowjet-Rußlands nicht beabsichtigt sei. Trotz dieser Erklärung scheint es jedoch festzustehen, daß zwischen Rußland

und Frankreich Anreizungsverluste im Gange sind. In unterrichteten Kreisen besitzt man Kenntnis davon, daß bereits seit vier Tagen ein Vertrauensmann der russischen Sowjetregierung in Paris weilte, um mit den Führern der französischen Vintersession zu verhandeln. Jedoch hat sich der Eindruck, den man von vornherein in den maßgebenden politischen Kreisen Deutschlands aus dem Vorgehen der Sowjet-Regierung im deutsch-russischen Konflikt gewonnen hatte, Rußland will ganz offensichtlich den Streit mit der deutschen Regierung auf längere Zeit hinausziehen, um die Gelegenheit wahrzunehmen zu können, die in anderen Ländern in Aussicht stehenden Arrangements in dieser Frist unter Dach und Fach zu bringen. Deutschland soll dann vor die vollendete Tatsache gestellt werden, daß nach dem Konflikt die bisherigen engen Beziehungen nicht wieder hergestellt werden könnten.

## Die Handhabung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 21. Mai. In der gestrigen Besprechung der Innenminister der Länder mit dem Reichsminister des Innern wurde über die Handhabung des sibirischen Ausnahmezustandes und das Verbot öffentlicher Umzüge und Demonstrationen aller Richtungen eine einmütige Auffassung erzielt. Das Resultat der Besprechungen wird in diesen Tagen im Reichsinnenministerium schriftlich mitgeteilt, in Form von Richtlinien, die den Landesregierungen ausgeben und durch deren Befolgung Einheitlichkeit in der Praxis des Ausnahmezustandes erzielt werden soll. Die Richtlinien weichen im allgemeinen nicht von den Methoden ab, die auch bisher von der preussischen Regierung angewandt wurden und sehen die ausnahmsweise Genehmigung öffentlicher Umzüge nur für unpolitische Veranstaltungen solcher Art an, die eine volle und einwandfreie Gewähr dafür bieten können, daß keinerlei Mißbrauch zu politischen Zwecken oder Feindschaft der öffentlichen Ruhe und Ordnung erfolgen kann. Alle Umzüge, die auch nur im entferntesten politischen Charakter tragen, bleiben nach wie vor verboten.

## Die Vorarbeiten zum Sachverständigen-Gutachten.

Berlin, 21. Mai. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung bereits die erforderlichen Befehlsentwürfe zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens fertiggestellt. Die Vorarbeiten werden dem neuen Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt zugehen. Von deutchnationaler Seite war gemeldet worden, daß die Reichsregierung die Absicht habe, ein Abkommen über die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens ohne vorherige Befragung des Reichstages zu unterzeichnen. In Regierungskreisen bezeichnet man diese Meldung als unrichtig. Vorläufig liegt überhaupt gar keine Möglichkeit vor, ein derartiges Abkommen durch die deutsche Regierung zum Abschluß zu bringen, da die alliierten Regierungen ihrerseits noch keine Entscheidung über die weiteren Schritte zum Sachverständigen-Gutachten getroffen haben. Von Regierungsseite wird jedoch erklärt, daß das Reichskabinett sich für berechtigt hält, auch weiterhin die erforderlichen Schritte zu unternehmen, da die gegenwärtige katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft nur durch eine schnelle Durchführung des Sachverständigen-Projektes gebessert werden könne.

## Die freien Gewerkschaften zu den Sachverständigen-Vorschlägen.

Berlin. Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften Deutschlands haben sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs und Englands in Verbindung gesetzt, um zu versuchen, Abänderungen bezüglich des Vorschlages der Sachverständigen bezüglich der Reichsbahn zu erzielen, da die Vorschläge in ihrer gegenwärtigen Form von den deutschen Gewerkschaften als nicht tragbar für die breite Masse betrachtet werden.

## Weiteres Sinken des Franken.

London. (Funkpruch.) Der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt, der neue Sturz des Franken beschäftige Woincaré und seine Minister ernstlich. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß verschiedene der einflussreichsten Mitglieder des Kabinetts für einen sofortigen Rücktritt und die Übergebung der Regierung an die Sozialistisch-Radikalen seien, da Woincaré sonst gezwungen die Geschäfte bis zum Zusammentritt der neuen Kammer weiterführen müsse, ohne in der Lage zu sein, wirksame Maßnahmen zur Abhilfe des ernstlichen neuen Falzens der französischen Währung zu treffen.

Paris. (Funkpruch.) „Matin“ glaubt zu wissen, daß das Sinken des Franken (das englische Pfund notierte nachbörsllich 82,50, der Dollar 18,85) der Gegenstand der Beratung zwischen Millerand und Woincaré gewesen sei. Woincaré dürfte dem Präsidenten den Rat gegeben haben, schon jetzt über die finanzielle Angelegenheiten des Landes, nämlich über die Maßnahmen gegen die Frankendeckelung, die Vertreter der politischen Parteien zu befragen, ob ihnen in 10 Tagen die Bildung des neuen Kabinetts übertragen werden soll. Es dürfte deshalb schon heute die Abgeordneten Perrot und Painlevé zum Präsidenten der Republik berufen werden. Heute vormittags wird unter dem Vorsitz Woincarés ein Kabinettsrat zusammentreten, in dem er die Minister über die Neugestaltung der politischen Lage unterrichten wird. Am Donnerstag wird dann ein Ministerrat im Elisee stattfinden.